

---

## Aufruf der Evangelischen Arbeitnehmerschaft ean Baden zum 1. Mai 2009

Die Evangelische Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V. ruft gemeinsam mit dem DGB zur Teilnahme an den Veranstaltungen zum 1. Mai 2009 auf. Sie unterstützt das Motto des DGB:

**„Arbeit für alle bei fairem Lohn!“**

„Auch in Zukunft wird die Gesellschaft dadurch geprägt sein, dass die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigen Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens- Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit.“

Aus dem gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 (Ziffer 151, S. 62).

Folgende Punkte möchte die ean hervorheben und als kirchlichen Beitrag zum diesjährigen Schwerpunktthema des DGB einbringen:

- Immer mehr Menschen arbeiten in prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Oft reicht hier eine Arbeitsstelle nicht aus, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Deshalb ist Arbeit bei fairem Lohn mehr als notwendig, wir verstehen es als Menschenrecht.
- Viele Familien, Partnerschaften leiden unter der Ausweitung der Arbeitszeiten. Die Ladenöffnungszeiten und die verkaufsoffenen Sonntage weiten sich aus. Wir brauchen deshalb eine Allianz für den freien Sonntag, für gemeinsame Freizeit und Wochenenden.
- Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise werden noch mehr Menschen von der Arbeit ausgeschlossen. Ihnen fehlt nicht nur die notwendige Unterstützung und die Anerkennung, sondern auch eine Absicherung im Alter. Die Altersarmut wird zunehmen.
- Unsere Gesellschaft braucht eine Diskussion über eine neue sozial gerechtere und nachhaltigere Wirtschaftsordnung nicht nur für unser Land. Menschen brauchen ein Einkommen, das die Teilhabe am Gesellschaftsleben ermöglicht und sie nicht mit Armut bedroht.
- Die Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht immer mehr Menschen in ihrer Existenz. Sie vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Unsere Gesellschaft braucht Rahmenbedingungen für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung.

### **Die Politik ist gefordert:**

Es muss eine politische Debatte um eine gerechtere Vermögens- und Einkommensverteilung geführt werden. Wir brauchen einen schützenden Sozialstaat und eine globale Regulierung der Finanz- und Wirtschaftsmärkte.

### **Die Kirchen haben Verantwortung:**

Die Kirchen sollten auch ihr eigenes Handeln in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bedenken. Sie stehen in der biblischen und christlichen Tradition für eine Optionen für die Armen und Schwachen. Ohne ihre angemessener Einbindung in die Gesellschaft gibt es keine Gerechtigkeit, keinen Frieden.

Wir laden Sie herzlich zu den ökumenischen Gottesdiensten ein. Nehmen Sie teil an den Maikundgebungen des DGB.

gez. *Wilhelm Rojek*, erster Vorsitzender und  
*Gabriele Vetter* und *Friedhelm Tschertter*, stellvertr. Vorsitzende